

Wie die WTO in Cancún entgleiste

Christoph Strawe¹

Es ist Montag, der 8. September. Gegen Mittag landet unsere Maschine nach zwölfstündigem Flug im mexikanischen Cancún. Einige Wochen vorher noch hatte die mexikanische Regierung die Delegierten der Nichtregierungsorganisationen (kurz NGOs genannt) mit einer Visumpflicht genervt und dabei kräftig abkassiert. In das spezielle Dokument musste sogar der Daumenabdruck des Inhabers eingestempelt werden.

Mit einem Shuttle-Bus der WTO geht es ins Hotel, danach hole ich meine Akkreditierungsunterlagen ab. Der Badeort macht auf den ersten Blick einen deprimierenden Eindruck: eine Ansammlung architektonischer Scheußlichkeiten in Gestalt gewaltiger Bettenburgen. Die Krone ist das offenbar dem stalinschen Zuckerbäckerstil nachempfundene Riu-Hotel. Eine Kunstwelt für vor allem nordamerikanische Urlauber, die zu Hause von einem Land erzählen können, von dem sie in Wahrheit so gut wie nichts gesehen haben.

Der Sicherheitsaufwand, der für diese 8. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation getrieben wird, ist enorm: Als wir ankommen, werden bereits die ersten Absperrungen errichtet. Am Mittwoch, dem Tag der Eröffnung, gleicht die Gegend um den Tagungsort, das „Convention Center“, einer großen Festung: Straßensperren in Form hoher Gitter, überall Polizei und „Security“. In das Center gelangt man über Metallbrücken, die erst nach Ausweiskontrolle betreten werden können. Am Eingang des Kongressgebäudes werden die Ausweise gescannt und die Taschen durchleuchtet, gelegentlich wird man auch abgetastet. Selbst im „NGO-Center“, im Hotel Sierra gibt es eine solche Schleuse. In der Hotelzone von Cancún immer wieder Kontrollen, einmal muss ich meinen Rucksack dreimal öffnen, bevor ich am Ziel bin. Auch für die Touristen muss der Aufenthalt in diesen Tagen ein wenig kompliziert gewesen sein. In unserem Hotel bittet ein Schild um Verständnis dafür, dass der Shuttle-Bus zum Strand nicht verkehrt.

Am Abend dieses ersten Tages gibt Heidemarie Wieczorek-Zeul ein Essen für die Vertreter der deutschen Nichtregierungsorganisationen. Die Ministerin sieht in den NGOs offenbar Verbündete für entwicklungspolitische Anliegen. Entsprechend freundlich und locker ist der Gesprächston: auch menschlich überzeugt sie mich von allen offiziellen deutschen Delegationsvertretern noch am meisten. Sie hat sich besonders für eine Initiative einer Reihe von westafrikanischen Armutsländern eingesetzt, die deren Baumwollproduktion durch die Streichung der Exportsubventionen sichern soll. In der EU betrifft das Problem nur Griechenland und Spanien. Die USA dage-

gen geben fast 4 Mrd. Dollar für Stützungen auf und leisten entsprechenden Widerstand.

Themen, um die es in Cancún ging

Am Dienstag morgen nehme ich an einer Informationsrunde - so etwas heißt hier „Briefing“ - mit Martin Khor vom „Third World Network“ teil. Er arbeitet mit großer begrifflicher Präzision die Themen und Konfliktfelder heraus, um die es geht, und charakterisiert die beteiligten Akteure. Dabei geißelt er „Anti-Entwicklungs-Entwicklungen“ in der WTO.

1999 hatte der Widerstand von Entwicklungsländern und Zivilgesellschaft zum Scheitern des WTO-Gipfels von Seattle geführt. 2001 in Doha war mit massivem Druck der reichen Länder in letzter Minute ein Kompromiss erzielt worden, durch den eine neue Liberalisierungsrunde eingeläutet wurde. Versprochen war den Entwicklungsländern, dass diese „Doha-Runde“ eine „Entwicklungsrunde“ werden sollte. Daher erwartete man, dass es endlich Verbesserungen für die Landwirtschaft in den Ländern des Südens geben würde. Man erhoffte auch, um bestehende Benachteiligungen auszugleichen, eine Verbesserung der Sonderregeln z.B. bei Zollsenkungen („Special and Differential Treatment“) und die Lösung zahlreicher Probleme, die sich für diese Länder bei der Umsetzung der bisherigen Abkommen ergeben haben. Man spricht hier von „Implementierungsproblemen“, was aber häufig nur eine beschönigende Umschreibung für kritische Punkte der Abkommen selbst ist.

„New Issues“, „Expliziter Konsens“ und die Landwirtschaft

Die Erklärung von Doha sah vor, dass nur bei „explizitem Konsens“ über den Modus der Verhandlungen in Cancún beim nächsten Gipfel die von den reichen Ländern gewünschte Ausweitung der Verhandlungen auf die sogenannten „Singapur“-Themen erfolgen könne. Diese umfassen die Punkte Investitionsschutz, Handels erleichterungen, Wettbewerbsförderung und staatliches Auftragswesen. Die Kritiker sehen hinter diesen Punkten vor allem die massiven Interessen der multinationalen Konzerne, die von sozialen und umweltrechtlichen Auflagen unbehindert weltweit agieren möchten.² Den geforderten expliziten Konsensus gab es zu Beginn der Konferenz in Mexiko eindeutig nicht. Ebenso wenig hatten sich EU und USA in den Fragen der Landwirtschaft entscheidend bewegt.

An der Landwirtschaft lässt sich besonders gut studieren, dass „Markt“ noch keine Lösung der wirtschaftli-

chen, sozialen und ökologischen Probleme darstellt. Damit nachhaltige Landwirtschaft im Interesse von Verbrauchern und Natur betrieben werden kann, müssen weltweit faire Preise erzielbar sein, die dies auch ermöglichen. Die Frage, wie solche Preisverhältnisse durch Zusammenarbeitsorgane der wirtschaftlichen Akteure in diesem Bereich selbst herbeigeführt werden können, spielt bisher keine Rolle in den offiziellen Überlegungen. So bleiben - wenn man nicht in ganzen Regionen die Landwirtschaft stilllegen will - nur die traditionellen Schutzmaßnahmen der Zollpolitik. Zu Recht fordern die Länder des Südens, sich auf diese Weise des zerstörerischen Dumpings durch Exportsubventionen besonders der USA und der EU erwehren zu dürfen. Beim sogenannten „domestic support“ - Stützungsmaßnahmen im Inneren durch Einkommenshilfen - gibt es von Seiten des Südens die Sorgen, dass durch Hütchenspielertricks hier letztlich doch Exportstützung zu Lasten der Armen betrieben werde, obwohl gesagt wird, die Stützung dürfe keine steigernde Wirkung auf die Produktionsmenge haben.

Generell bestreitet fast niemand, dass die Exportsubventionen für Agrarprodukte, die dann in die Märkte des Südens gedrückt werden und die lokale Landwirtschaft immer mehr ruinieren, ein Skandal sind. Trotzdem sind USA und EU offenbar nicht bereit, dieses Problem zügig zu lösen. Dabei spielt die eigene Agrarlobby eine Rolle - die deutsche war beim Gipfel durch eine von Präsident Sonnleitner angeführte Delegation des Bauernverbandes präsent. Versuche, wenigstens bei speziellen Produkten, die für bestimmte Länder wirtschaftlich entscheidende Bedeutung haben, rascher vorzugehen, blieben bisher auf halbem Wege stecken.

„NAMA“, TRIPS und GATS

Ein weiteres Thema sind Zölle für Industriegüter. Der Komplex firmiert unter dem Namen „NAMA“ (Non-Agricultural Market Access = nichtlandwirtschaftlicher Marktzugang). Hier geht es um „business as usual“, ein Geschäft, das seit Jahrzehnten im Rahmen des GATT-Abkommens betrieben wird. Aber auch hierbei steht für die Entwicklungsländer mehr auf dem Spiel, als gewöhnlich bemerkt wird. Bereits in der Vergangenheit hat die Wirtschaft in solchen Ländern durch zu rasche Marktöffnungen erheblichen Schaden genommen. Jetzt sollen sogenannte nichtlineare Zollsenkungen durchgesetzt werden: Je höher die Zölle sind, um so mehr muss man sie reduzieren. Das kann dramatische Folgen haben. Denn eine rasche Reduktion, beispielsweise die Halbierung, der Zölle bei noch relativ hohem Zollniveau kann durchaus zum Kollaps einer ganzen Volkswirtschaft führen!

Einen anderen Streitpunkt hatte man kurz vor der Konferenz noch scheinbar entschärft: Zwei Wochen vor Cancún wurde eine Regelung getroffen, die verhindern soll, dass durch das Patentschutzabkommen TRIPS Medikamente für Entwicklungsländer unerschwinglich sind. Konkret ging es dabei um die Möglichkeit für Länder ohne eigene Pharmaindustrie, sogenannte Generika zu importieren. Dazu schreibt Nicola Sekler von WEED: „Der Deal zwischen den USA und den Entwicklungslän-

dern enthält auf Druck der USA so viele Bedingungen für Länder, die Generika nutzen oder produzieren, dass dies praktisch nicht oder nur äußerst schwierig umsetzbar sein wird. Dafür scheint dieser Deal aber um so mehr ein willkommenes Beispiel für die PR-Arbeit der USA und EU zu sein, mit der sie ihre vermeintlichen Zugeständnisse an Entwicklungsländer demonstrieren wollen.“³ Von Schritten zu der immer wieder geforderten Revision des TRIPS-Abkommens vor allem im Hinblick auf die Patentierung von lebenden Organismen war erst gar nicht die Rede.

Angesichts der Vielfalt und Komplexität der offenen zur Verhandlung anstehenden Fragen spielte das Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen GATS in Cancún nur eine Randrolle. Gegen Ende der Konferenz wurde allerdings noch der Versuch gemacht, den Ländern, die bislang keine Angebote zur „Marktöffnung“ abgegeben haben, mit Verweis auf die Verpflichtungen des WTO-Vertrages zur kontinuierlichen weiteren Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen einen Endtermin hierfür zu setzen.

Aufstand des Südens - Neue Akteure mit neuem Selbstbewusstsein

Einen „Aufstand des Südens“ nennt die „taz“ in ihrer Ausgabe vom 16. September die Konferenz. Der Süden steht unter dem Eindruck, dass für die reichen Länder „Kampf gegen den Protektionismus“ vor allem die Beseitigung aller Schutzmaßnahmen in den Entwicklungsländern bedeutet, während man paradoxerweise in den industrialisierten Ländern selbst, die doch weit weniger schutzbedürftig sein müssten, nur im gemächlichen Tempo, wenn überhaupt, bereit ist, Protektionismus konsequent abzubauen. Und die Geduld der Länder des Südens scheint nun endgültig erschöpft. In Cancún trat eine neue Gruppe von Staaten als entscheidender Akteur und Widerpart von EU und USA hervor: die G 21, die schließlich, da sich ihr weitere Staaten anschlossen, oft als „G-20-plus“ bezeichnet wurde. Brasilien spielt in dieser Gruppe eine treibende Rolle, Malaysia, Indien und China sind ebenfalls dabei. Die „Cairns-Gruppe“, in der Agrarexporture wie Kanada und Australien mit Schwellenländern vereint sind, tritt dagegen ganz in den Hintergrund. Die „G-20-plus“-Gruppe hatte konkrete Gegenvorschläge unterbreitet und machte nun ihr Verhalten von der Reaktion darauf abhängig.

Stelldichein der Zivilgesellschaft

Insgesamt sind über 2000 Angehörige von Nichtregierungsorganisationen offiziell akkreditiert und einige Tausend weitere nahmen an den Aktionen außerhalb der Konferenzentrumszone teil. Zu den über rund 30 NGOs aus Deutschland zählen unter anderen WEED, FIAN, Attac, BUND, Greenpeace, „Gerechtigkeit Jetzt!“, „Brot für die Welt“, Misereor, die Initiative Kolibri und unsere Initiative Netzwerk Dreigliederung. Stark präsent sind Heinrich-Böll- und Friedrich-Ebert-Stiftung. Auch ein paar nicht unbedingt reintypisch zivilgesellschaftliche Lobbyorganisationen wie der Bundes-

verband der deutschen Industrie (BDI) stehen auf der Liste. Der Begriff NGO ist eben nicht unbedingt trennscharf.

Am zweiten Abend treffen sich die deutschen Delegierten - ohne BDI - in der vom Konferenzgeschehen entfernten Stadtzentrum. Dort sind viele AktivistInnen untergebracht, vor allem auch die nicht offiziell akkreditierten. In der Innenstadt finden täglich vielfältige Veranstaltungen zu den verschiedensten Themen statt, von der drohenden Privatisierung der Wasserversorgung bis zum fairen Handel. Am gleichen Abend dann ein Treffen des „Our World Is Not For Sale Netzwerks“, zu dem eine Reihe von Organisationen gehören, - darunter Lori Wallachs Public Citizens, das „Council of Canadians“ mit Maude Barlow und Tony Clarke und „Focus of the Global South“, in dem Walden Bello - einer der Vordenker der Bewegung - aktiv ist. Die Genannten sind oft bei den Sitzungen mit dabei, die von zwei jüngeren Freundinnen, Lisa und Margareta, bravours geleitet werden. Die Treffen, jeweils um 8 Uhr morgens und um 7 Uhr abends, sind offen für alle Interessierten - es gibt eine kurze Vorstellungsrunde zu Beginn, dann wird über Aktionen und den Stand der Verhandlungen gesprochen. Die Beiträge sind in der Regel knapp und sachlich, der Ton untereinander ist herzlich, die Stimmung gut. Immer wieder berichten auch einzelne NGO-Vertreter, die Mitglieder der offiziellen Delegationen ihrer Länder sind. Aus den verschiedenen Informationen entsteht ein Gesamtbild, durch das wir gut informiert sind über aktuelle Entwicklungen, besser vielleicht als mancher der offiziellen Delegierten. Am Freitag kommt der brasilianische Agrarminister zum Gespräch. Man mühe sich um ein Ergebnis, sagt er, aber: „Besser kein Ergebnis als ein schlechtes“. Und er zeigt sich dankbar für die Unterstützung der Zivilgesellschaft.

Insgesamt ist das Verhältnis zwischen den zivilgesellschaftlichen Vertretern bemerkenswert harmonisch. Und die Arbeitsbedingungen für die Nichtregierungsorganisationen? Immerhin: das NGO-Zentrum verfügt über einen recht komfortablen Computerraum, der mit schnellen Internetanschlüssen ausgestattet ist. Die Teilnahme so vieler NGOs an der Konferenz wird von der WTO demonstrativ herausgestellt. Auf der anderen Seite gibt es keinen Zugang zu den eigentlichen Verhandlungen, die Möglichkeiten mit Delegierten ins Gespräch zu kommen, sind - bis auf die von den Delegationen veranstalteten „Briefings“ in diversen Hotels - sehr begrenzt. Noch enger wird der Spielraum, nachdem Greenpeace in einer Pressekonferenz mit einer kleinen Aktion die Gefahren US-amerikanischer Genmais-Importe aufs Korn genommen und damit den Unmut des amerikanischen Chefunterhändlers Robert Zoellick erregt hat. Dies wird zum Anlass genommen, die NGOs pauschal von der Teilnahme an den Pressekonferenzen auszuschließen. Um so größer ist bei uns die Freude, als ein Vertreter von Greenpeace beim morgendlichen Treffen berichtet, dass seine Organisation ein amerikanisches Schiff, das mit Gen-Mais unterwegs war, zum Abdrehen Richtung Heimahafen bewogen hat.

NGOs und offizielle Delegationen

Bei den offiziellen Informationsveranstaltungen der Delegationen für die Presse und speziell für die Nichtregierungsorganisationen werden viele Sprechblasen produziert. Das gilt für die EU-Kommissare Fischler und Lamy ebenso wie für Renate Künast, die im Hotel Presidente Intercontinental über den Kompromiss als Wesensmerkmal von Verhandlungen doziert und sich in der Rolle der Beschützerin der armen gegen die „reichen“ Entwicklungsländer gefällt. Von ihr war man Besseres gewöhnt und hatte daher mehr erwartet. Die anwesenden Ministerialbeamten wirkten noch weniger überzeugend. Nach dem Eindruck vieler Beobachter hat sich die deutsche Verhandlungsdelegation während der Konferenz nicht mit Ruhm bekleckert. Auf konkrete Nachfrage versteckte man sich zumeist hinter der Europäischen Union, als deren Bestandteil man agierte oder vielmehr nicht agierte. Den Beschluss des deutschen Bundestages zu den WTO-Verhandlungen hat man nicht einmal ansatzweise umgesetzt. Dieser forderte, dass vor entscheidenden Schritten zugunsten der Entwicklungsländer kein Einstieg in die „Singapur Issues“ erfolgen dürfe. Verhandlungsführer Wolfgang Clement vertrat jedoch die exakt gegenteilige Position. Der mitgereiste Bundestagsabgeordnete Sascha Raabe vom Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zeigte sich im privaten Gespräch darüber sichtlich frustriert. Peinlich auch, dass die Haushaltsdebatte im Bundestag just während der Konferenz stattfand, was dazu führt, dass die Minister Clement, Wierczorek, Trittin und Künast entweder erst später erscheinen können oder früher wieder fort müssen.

Die Eröffnungssitzung wird zur Bühne des Protest

Es war wichtig, dass Aktionen auch im Zentrum des Geschehens stattfanden, nicht bloß an der Peripherie, schon um keine Spaltung der Zivilgesellschaft zuzulassen. Normalerweise war nur der Erdgeschossbereich des Kongresszentrums, in dem auch die Presse saß, für jeweils einen Vertreter jeder NGO zugänglich. Eine Ausnahme bildete die Eröffnungszereemonie am Mittwoch im großen Saal. Man brauchte allerdings einen speziellen Ausweis, um hineinzukommen. Über den Ort, wo er erhältlich war, wurden von Seiten der WTO-Verantwortlichen verschiedenste Gerüchte in Umlauf gesetzt, was allerdings wohl mehr Ausdruck eigener Konfusion als absichtsvolles Verwirrspiel war. Ich selbst musste in vier verschiedenen Gebäuden vorstellig werden, um ihn noch in letzter Minute zu ergattern. - Alle Sicherheitsmaßnahmen verhinderten nicht, dass die Eröffnungszereemonie zur Bühne des globalen Protests wurde. Über vierzig AktivistInnen aus mehr als zwanzig Organisationen, darunter einige der bekanntesten Persönlichkeiten der Bewegung, hielten während der Rede von Generalsekretär Supachai Panitchpakdi stumm DIN A4-Papiere in die Höhe, auf denen in großen Lettern auf englisch und spanisch lesen war, dass die WTO überflüssig, entwicklungsfeindlich und antidemokratisch sei. Diese Aktion - mit einfachsten Mitteln durchgeführt - erzielte ein enormes Medienecho: Die Bilder gingen um die ganze

Welt. Offenbar wegen der Kameras griffen die Saalordner nicht ein. Nach einigen Minuten verließen wir - nun lautstark protestierend - die Halle. Zu diesem Zeitpunkt hatte der mexikanische Präsident Vicente Fox seine Ansprache begonnen. Da sich uns vom Eingangsbereich her ein Pulk von Journalisten entgedrängte und die Szene zu Kurzinterviews nutzte, dauerte es eine Weile, bis wir den Saal verlassen konnten. Im Erdgeschoss fand dann eine improvisierte Pressekonferenz statt. Nicht alle Pressevertreter hatten Zugang zur Eröffnung, so dass einige erst dadurch etwas von der Aktion mitbekamen.

Mit dieser Demonstration war die Strategie gescheitert, den Protest auf das viele Kilometer entfernte Stadtzentrum zu begrenzen. In den nächsten Tagen gab es dann immer wieder kleine phantasievolle Aktionen im Kongresszentrum selbst, einige mit schauspielerischen Einlagen. Sie wurden von der auf Bilder begierigen Presse dankbar aufgegriffen. Die Ordner hielten sich zurück. Man hatte wohl erkannt, dass Gewährenlassen für die Organisatoren der Konferenz das kleinere Übel darstellte. Umgekehrt taten die Akteure alles, um die Sicherheitskräfte nicht zu provozieren.

Der Tod des Lee Kyong Hae

Für den Tag der Eröffnung hatte die internationale Kleinbauernbewegung „Via Campesina“ zu einer Masendemonstration aufgerufen. Die Stoßrichtung der Forderungen war eindeutig: die WTO, verantwortlich für den Ruin vieler kleiner Bauern durch Preisverfall infolge „Liberalisierung“ von Agrarmärkten, soll sich aus der Landwirtschaft gänzlich heraushalten. Dazu muss man wissen, dass sich allein in Indien 20.000 Bauern wegen ihrer ausweglosen Situation in den letzten Jahren das Leben genommen haben. Die mexikanischen Behörden hatten zwar alles getan, um vor allem arme Bauern aus anderen mittelamerikanischen Staaten durch für sie unbezahlbare Visagebühren die Teilnahme zu verunmöglichen. Trotzdem waren rund zehntausend Menschen erschienen, die von der Innenstadt her auf das Konferenzzentrum zumarschierten. Etwa 10 km entfernt davon stießen sie auf die Barrikaden der Sicherheitskräfte. Die Organisatoren von Via Campesina konnten nicht verhindern, dass vereinzelt Steine geworfen wurden. Viele Teilnehmer des Marsches verließen die Demonstration daraufhin und die Situation drohte zu eskalieren.

Und es gab einen Toten. Der 56jährige Lee Kyong Hae stieß sich an der Barrikade ein Messer ins Herz und starb wenig später an der Verletzung. Lee war eine durchaus bekannte Gestalt der koreanischen Bauernbewegung. Was er über die Welthandelsorganisation und ihre tödliche Wirkung auf die kleinen Bauern geschrieben hat, ist klar gedacht. Bereits einmal hatte er in Genf vor der WTO-Zentrale einen Hungerstreik durchgeführt. Man möge nicht von einem Selbstmord sprechen, sagt ein Teilnehmer in unserer abendlichen Sitzung. „Selbstelimination“ als Akt des Protest sei in der asiatischen Kultur etwas Ehrenhaftes. So fassungslos wir sind und so sehr jeder von uns, hätte er die Gelegenheit gehabt, Lee mit allen Mitteln von seiner Tat abzu-

halten versucht hätte: wir müssen seinen Kampf mit tiefer Trauer respektieren. Der Tod des Koreaners überschattet die gesamte Woche. Er ist „kein Unfall sondern ein Zeichen für den verzweifelten Kampf von mehr als drei Millionen koreanischer Bauern“, sagt Song Nan Sou, Präsident eines koreanischen Agrarverbandes. Mahnwachen werden organisiert, in der Innenstadt entsteht eine mit Blumen und Kerzen geschmückte Gedenkstätte.

Am Donnerstag Nachmittag führen wir im Innern des Konferenzentrums eine Aktion zum Gedenken an Lee durch, bei der es zugleich um den Hinweis auf die schrecklichen Auswirkungen der WTO-Agrarpolitik geht. Mit Kerzen, Blumen und Plakaten ziehen wir durch das Foyer, wieder unter großer Anteilnahme der Medien. Wir landen schließlich im großen Pressekonferenzraum. Eine Pressekonferenz wird improvisiert, es sprechen Vertreter von Via Campesina, während wir mit unseren Blumen und Schildern auf der Bühne hinter ihnen stehen. Ein koreanischer Gewerkschafter, der eine Akkreditierung besitzt, kann ebenfalls sprechen.

Gang der Verhandlungen

Seit dem 24. August kursiert ein Text des mexikanischen Verhandlungsleiters, des Außenministers Luis Ernesto Derbez. Dieser Entwurf einer Ministererklärung soll zur einzigen Grundlage der Gespräche gemacht werden. Was die Anliegen des Südens und die Forderungen der Zivilgesellschaft betrifft, enttäuscht das Papier auf der ganzen Linie. Der Gedanke, auf dieser Basis eine Einigung erzielen zu können, war von vornherein verwegen und hätte nur bei Verzicht des Südens auf Verhandlungen auf gleicher Augenhöhe funktionieren können. Offenbar glaubt man, dies durch eine Kombination von Zugeständnissen an einzelne Länder und durch gezielten Druck erreichen zu können. Es dringt durch, dass Präsident Bush persönlich eine Reihe von Staatschefs angerufen habe, um sie zu veranlassen, ihren Delegationen Anweisungen zur Aufgabe des Widerstandes zu erteilen.

Die entscheidenden Debatten spielen sich wie bei vergangenen WTO-Gipfeln nicht in den Plenumsitzungen ab, wo die Delegationen „sich positionieren“ und eher Fensterreden gehalten werden. Wichtiger sind die Arbeitsgruppen, die am Nachmittag des Eröffnungstages beginnen sollen. Sie werden von Moderatoren geleitet, die wiederum vom Chairman als dessen Helfer ernannt sind. „Agrarpolitik“, „NAMA“, „New Issues“, „Entwicklung“ und „Verschiedenes“ sind die Themen.

Die Konstitution der Gruppe erfolgt informell, was bedeutet, dass die Moderatoren („Facilitators“ genannt), viele Strippen ziehen können. Sie erstatten zum Schluss Bericht und haben dabei einen weiten Interpretationsspielraum im Hinblick auf die Gesprächsergebnisse. Dass mit dem Kanadier Pettigrew ausgerechnet ein sattsam bekannter Verfechter radikaler Investitionsschutzvorstellungen zum „Moderator“ der „New Issues Gruppe“ gemacht wird, lässt nichts Gutes ahnen.

Da so vieles strittig ist und die Kritik am Entwurf der Ministererklärung heftig, kommen die Sachverhandlungen nur schleppend in Gang. Lange bleibt alles in der Schwe-

be. Den Durchbruch soll ein neuer Entwurf für die Abschlusserklärung bringen, der mit großer Spannung erwartet wird. Wird man gegenüber den Forderungen der Länder des Südens nachgeben? Welche Kompromisslinien wird man finden?

In der deutschen Delegation macht man in Optimismus, nach dem Motto: es ist der übliche Poker, das wird schon. Man spielt mit dem Gedanken, das Paket der Singapur-Themen aufzuschnüren und erst einmal nur über Handelserleichterungen - wozu auch ein an sich vernünftiger Abbau bürokratischer Hürden gehört - und vielleicht noch über mehr Transparenz im öffentlichen Beschaffungswesen zu sprechen. Das wäre aber zugleich der Einstieg in den ganzen Verhandlungskomplex mit all seinen gefährlichen Implikationen, weshalb die der neoliberalen Globalisierung kritisch gegenüberstehenden Kräfte diese Vorschläge zum „unbundling“ des Pakets ablehnen. Auch von Zugeständnissen an die „SP“-Länder - diejenigen, für die Exportsubventionskürzungen bei speziellen Produkten wichtig sind, erhofft man sich Entlastung.

Der neue Entwurf einer Abschlusserklärung ist da

In der Nacht zum Samstag ist der Text endlich da. Bei seiner Abfassung haben die Moderatoren mitgewirkt, wie er im einzelnen zustande kommt, ist für die meisten Delegierten undurchschaubar. Es bleibt jetzt nur noch wenig Zeit. Wird man die Konferenz verlängern? Wird es erst in letzter Minute ein Ergebnis geben, wie in Doha? - Der Inhalt des Papiers verschlägt vielen den Atem. Was in diesem vorgeblichen Kompromisstext vorgeschlagen wird, kann auch mit bestem Willen nicht als „Aufschnüren“ von irgendetwas betrachtet werden. Der Entwurf ähnelt in Struktur und Inhalt seinem Vorgänger, mit der entscheidenden Änderung, dass es keinen Text in Klammern mehr gibt, d.h. keine Varianten, die eine Option für die eine oder die andere Lösung zulassen würden.

Im Agrarbereich gibt es keine wirklichen Zugeständnisse. Zum Abbau der Exportsubventionen werden nur vage Versprechungen gemacht, nicht einmal der Abbau der Baumwollsubventionen wird konzidiert. Das am 12.9. Arbeitsgruppenleiter Pettigrew zugestellte Schreiben von rund 70 Entwicklungsländern, in dem klar Nein gesagt wird zur Aufnahme von Verhandlungen zu den New Issues, wird ignoriert. „No means No“, „Nein bedeutet Nein“, diese Parole verbreiten NGOs jetzt auf rasch vervielfältigten Zetteln. EU-Handelskommissar Pascal Lamy hatte die Unterscheidung zwischen explizitem und implizitem Konsens bereits bei einem Briefing für die NGOs „akademisch“ genannt. Etwa zur gleichen Zeit hatten Saalordner und Polizei offenbar Anweisung erhalten, Umhängebänder zu beschlagnahmen, die in mehreren Sprachen den Aufdruck „expliziter Konsensus“ enthielten und sich großer Beliebtheit auch bei Delegierten erfreuten. Am Sonntag Morgen winkt die mexikanische Polizei an der Bushaltestelle drei Busse durch und verhindert den Transport aller Wartenden, weil ich mich geweigert habe, mein Band auszuhändigen. Erst als ich mich zu Fuß - mit dem Band - zur nächsten Haltestelle aufgemacht habe, können die anderen fahren.

Viele denken, dass der zweite Entwurf noch schlechter ist als der erste. Glaubt man damit wirklich durchzukommen? Oder wird eine harte Linie gefahren, um durch eine Reihe demonstrativer Abstriche in den informellen Verhandlungsrunden zwischen ausgewählten Staaten in den sogenannte „Green Rooms“ dann einen Kompromiss auszumuscheln? Das Papier ist zwar nur ein Vorschlag des Vorsitzenden, aber selbstverständlich werden USA und EU keinen anderen Text als Verhandlungsbasis akzeptieren.

Bei einem Meeting am Samstag haben sich Länder wie Indien sehr kritisch zum Stand der Verhandlungen geäußert. Es zeigt sich deutlich, dass die Verhandlungstaktik des „Nordens“ als arrogant und aggressiv erlebt wird. Wir sind in der heißen Phase der Konferenz, in der sich Green-Room-Meetings und „HOD-Meetings“, Treffen der Delegationsleiter, der „Heads of Delegations“ ja-gen.

Weitere Aktionen: Konsens der Gewaltfreiheit hält

Unterdessen gehen die Aktionen der zivilgesellschaftlicher Akteure innen und außen weiter. Mehrere Tausend Demonstranten setzen sich vom Casa de Cultura in der Innenstadt aus am Samstag um 10 Uhr morgens in Bewegung. Ein zuvor erzielter Konsens, unter allen den so unterschiedlichen Gruppen, dass es keine Gewalt gegen Personen geben darf, erweist sich als haltbar. Hinter dem doppelten Sperrzaun, der die zur Hotelzone führende Straße abriegelt, sind die Polizeitruppen mit Helmen und Schilden aufgebaut. Von der anderen Seite aus wird er durch eine von weiblichen Demonstranten gebildete Menschenkette abgeriegelt. An einigen Stellen wird der Maschendraht gezielt durchgeschnitten und an einem Punkt der gesamte Zaun eingerissen, was aber von vornherein als eine symbolische Aktion und nicht als Durchbruchversuch angelegt ist. Die Organisatoren rufen danach die Menschen auf, sich zu setzen. Es entsteht Stille, die dann in ein Volksfest mit Musik und Straßentanz übergeht.

Am Nachmittag gelingt es uns - vor den Kameras der über die Aktion informierten Medien - von einer der Stahlbrücken, die ins Kongresszentrum führen, ein großes schwarzes Transparent herunterzulassen. Die Polizei versucht zunächst die Sache zu verhindern, wird aber dann zurückgepiffen. Wir skandieren Losungen, die fordern, den Entwurf der Ministererklärung auf den Müll zu werfen. Dabei zerreißen wir das Papier und streuen die Schnipsel auf die Straße. Am gleichen Tag haben andere Gruppen auch eine kurze Straßenblockade vor dem Konferenzzentrum organisiert.

Die Konferenz ist geplatzt!

Am Sonntag morgen ist die Spannung fast unerträglich geworden. Auf welche Seite wird sich die Waage neigen? Wird der Süden standhaft bleiben? Wird die Konferenz verlängert werden? Wird es doch noch eine Einigung geben? Mittags noch ein Briefing mit der deutschen Regierungsdelegation, in der immer noch nicht alle Hoffnungen erloschen sind. Um 15.15 Uhr macht die Nachricht die Runde, Kenia habe die Sitzung verlas-

sen, auch andere Delegationen hätten unwiderruflich Nein gesagt. Afrikanische Delegierte haben die Parole „No means No“ skandiert. Es ist jetzt fast sicher: die Konferenz ist gescheitert. NGO-Delegierte stimmen, von Kameraleuten umringt, in ein Lied ein, das Carol Bergin zur Melodie eines Beatles-Songs getextet hat. „Our world is not for sale my friend, just to keep you satisfied ...“ Ich bin zum Zeitpunkt des Ekklats gerade Richtung Eingang unterwegs. Vor mir sehe ich einen offenbar entrüsteten EU-Kommissar Fischler, der sich gegenüber seinen Begleitern über die Undankbarkeit der Entwicklungsländer beklagt. Im Foyer angekommen, kann ich sein Granteln dann richtig deuten und in den Gesang einstimmen. Es spielen sich unbeschreibliche Szenen ab, Menschen liegen sich in den Armen, Freudentränen fließen. Lange haben sie gearbeitet, damit diese Konferenz nicht mit einem Desaster für die Sache einer gerechteren Weltwirtschaft endet. Jetzt zeigt die Laufschrift auf dem großen Bildschirm den Zeitpunkt für die Abschlusszeremonie an. Letzte Zweifel, dass es doch noch weitergehen könnte, sind damit zerstreut.

Lori Wallach von Public Citizens spricht in einer Erklärung von einem Sieg für die globale Zivilgesellschaft und die Entwicklungsländer, weil die von den USA, der EU und Japan betriebene gewaltige Ausweitung der an Konzerninteressen orientierten Agenda der WTO in Cancún verhindert worden sei. So wie vor der Konferenz wird es nie mehr sein. Das System von Drohung, Erpressung, Verlockung und Mauschelrunden wird so nicht mehr funktionieren. Die Länder des Südens haben ihre Kraft erprobt - und sie werden diese Erfahrung nicht vergessen. Robert Zoellick auf seiner Pressekonferenz erweist sich als schlechter Verlierer, der anderen Ländern die Schuld am Scheitern der Konferenz gibt und kaum verhüllte Drohungen ausstößt. Pascal Lamy da ist souveräner: Er schiebt den Misserfolg vor allem auf Strukturprobleme der WTO und wiederholt seine Aussage, die WTO sei mittelalterlich, weil sie mit der gegebenen Struktur ihre Aufgaben nicht erfüllen könne.

Und wie geht es weiter?

Aber wie geht es nun weiter? Zoellick macht deutlich, dass die USA verschiedene Karten spielen wollen, vor allem die Karte der bilateralen Handelsvereinbarungen. Ebenso wichtig sind regionale Abkommen. Zwei Monate nach Cancún - vom 20. bis 21. November 2003 - soll in Miami/Florida das 8. Handelsministertreffen der Panamerikanischen Freihandelszone (Free Trade Area of the Americas, FTAA) stattfinden. Dort haben es die USA allerdings wieder wie in Cancún mit einer von Brasilien angeführten starken Ländergruppe zu tun, die nicht mehr überall mitspielt. Die 34 Staaten der amerikanischen Hemisphäre (ausgenommen Kuba), so hatte man gehofft, würden in Miami „an ein weitreichendes Freihandels- und Investitionsregime letzte Hand anlegen. Dieses Abkommen“ würde „die schon in der NAFTA (North American Free Trade Agreement, Nordamerikanische Freihandelsabkommen) realisierten Vorgaben fortführen und dramatisch erweitern. Wie die Doha-Runde der WTO soll die FTAA Ende des Jahres 2004 von den

Staats- und Regierungschefs unterzeichnet werden, um dann 2005 in den einzelnen Länder ratifiziert zu werden.“ Das schreiben Maude Barlow und Toni Clarke zu Miami, in einem Text, der zum Bündnis aller zivilgesellschaftlichen Kräfte auf dem amerikanischen Kontinent aufruft, um das „zweiköpfige Ungeheuer“ FTAA/WTO gemeinsam zu bekämpfen.

Was wird unter diesen Gesichtspunkten aus der Doha-Handelsrunde? Nur die größten Optimisten unter den Befürwortern des Neoliberalismus glauben noch daran, dass man diese Runde wie vorgesehen bis Anfang des Jahres 2005 abschließen kann. Aber noch gibt man die Hoffnung nicht auf, doch die wesentlichen Ziele zu erreichen. Eine noch nicht terminierte Konferenz in Hongkong soll dabei ebenso helfen wie die in Genf am Sitz der WTO weiter laufenden Beratungen.

Vom Gebrauch der gewonnenen Zeit

In dieser Zeitschrift schrieb ich nach dem 2. Weltsozialforum in Brasilien die folgenden Sätze⁴: „Wir brauchen eine Bewegung, die die Maschinerie der WTO stoppt. [...] Es geht darum, dass nicht vollendete Tatsachen geschaffen werden dürfen, die eine Gestaltbarkeit der Verhältnisse nach menschlichem Maß und durch menschlichen Ratschluss und Übereinkommen nicht mehr zulassen. Denn die Realisierung der Werte kultureller Freiheit, demokratischer Gleichheit und wirtschaftlicher Gerechtigkeit und Solidarität wäre dann in ihrem Kern bedroht, ja verunmöglicht.“ Wir müssen uns darüber klar sein, dass mit der empfindlichen Störung des WTO-Zeitplans die Bestrebungen, als deren Instrument die WTO fungiert, nicht aufgehört haben zu wirken. Der Widerstand muss also weitergehen. Und genauso wichtig ist es, gewonnene Zeit zu nutzen, um Alternativen voranzubringen. Es geht um eine menschengerechte Gestaltung der Globalisierung. Sie wird nur möglich sein, wenn die „Konturen einer anderen Welt [...] von immer mehr Menschen als Bild in sich belebt werden. Zugleich ist der Dialog zwischen allen, die um solche Bilder ringen, selbst ein Element des Entstehungsprozesses einer neuen Welt.“⁵ Wir stehen in dieser Entwicklung immer noch am Anfang. Das Scheitern des WTO-Gipfels ist kein Anlass zum Triumph, sondern eine Aufforderung, den Weg der sozialen Erneuerung konsequent weiter zu beschreiten. Die Zivilgesellschaft muss dabei eine noch mehr vorwärtstreibende und selbstständige Rolle spielen.

Anmerkungen

1 Ich habe mich bei diesem Text auch auf die täglichen Kurzberichte von Carol Bergin und Johannes Lauterbach gestützt. Diese sind im Zusammenhang nachzulesen unter der Webadresse www.uwkw.de, unter der sich auch Bilder von den Tagen in Cancún finden. Weitere gute Informationen gibt es auch auf den Seiten von attac und WEED (www.attac.de, www.weed-online.org). Die meisten offiziellen Texte (in Englisch) findet man auf den Internetseiten des International Centre for Trade and Development (www.ictsd.org).

2 Vgl. z.B. die Publikation der Erklärung von Bern „Investitionsschutz um jeden Preis? - Vom NAFTA zum MAI zur WTO“ (http://www.evb.ch/cm_data/Investitionsschutz.pdf). Hier sind Fälle aus der Nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA dokumentiert, bei denen etwa Konzerne Entschädigungen für entgangene Gewinne durch Umweltschutzmaßnahmen erstritten haben.

3 <http://www.weed-online.org/themen/wto/18607.html>. WEED = Weltwirtschaft, Ökonomie und Entwicklung e.V.

4 Heft 2/2002.

5 A.a.O.